

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblattband“.

Abend-Ausgabe: 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

13 Ausgaben.

Preis:

„Tagblattband“ Nr. 6630-58.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.



Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Nr. 1. — monatlich, Nr. 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Drucklohn. Nr. 3. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb Deutschlands — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen. In Wiesbaden die „Vorwärts“-Verlagsgesellschaft, in allen anderen Teilen der Stadt: in Betrieb: der dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausgabe, bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lüchow 6202 u. 6203.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Blättern wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 17. November 1916.

Abend-Ausgabe.

Nr. 560. — 64. Jahrgang.

Mißerfolge der Engländer und Franzosen an der Somme. 5 englische Maschinengewehre erbeutet. Erstürmung des Runcul. 2150 Rumänen gefangen genommen.

Der Tagesbericht vom 17. November.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 17. November. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf beiden Somme-Üfern kam es zu zeitweilig sehr starkem Artilleriekampf.

Gegen Abend erfolgte ein englischer Angriff auf Beaumont, dessen Vorbereitungsfahrt auch auf das südliche Ancre-Ufer übergriff; er scheiterte ebenso wie ein Nachtangriff westlich von Le Sars.

Am Wege Fiers-Thilly wurden durch das Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 bei Säuberung eines Engländer-nestes 5 Maschinengewehre erbeutet.

Französische Fortschritte bei Saillly-Saillly brachten dem Angreifer keinerlei Vorteil.

Am Tage während der Nacht war die beiderseitige Fliegertätigkeit reg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Gefechtsintensität zwischen Meer und Karpathen blieb gering.

Front des Generalobersten Erzherzog Karl.

Im Oerghe-Gebirge, auf den Höhen östlich des Putna-Tales leistet der Russe unserem Angriff zähen Widerstand.

An der Grenze östlich von Rezdivaschely wurde von dem oft bewährten bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 19 der Gipfel des Runcul Nr. im Sturm genommen und gegen starke Angriffe behauptet.

Westlich der Fredealsstraße brachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in die rumänische Stellung ein. — Die unter dem Befehl des Generalleutnants Kraft von Desmeningen südlich des Ruten-Turm-Passes vorrückenden Truppen konnten als Ergebnis ihrer gekämpften Kämpfe wieder 10 Offiziere, 1500 Mann als Gefangene zurückführen. An anderen Stellen der siebenbürgischen Front wurden außerdem 650 Rumänen gefangen genommen und 12 Maschinengewehre erbeutet.

Nach Meldungen der Truppen beteiligt sich die rumänische Bevölkerung am Kampfe.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Madajsen.

Bei Silistria lebhaftere Artilleriefahrt als in den Vortagen.

Mazedonische Front.

Zwischen Malis und Prespa-See, am Westrande der Ebene von Monastir und an den Höhen nordöstlich von Gogel (im Gernaboken) sind neue harte Angriffe der Entente-Truppen zurückgewiesen worden.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Erfolgreiches Vordringen in Siebenbürgen.

W. T.-B. Berlin, 16. Nov. abends. (Amtlich.) Auf nördlichem Ancre-Ufer ist Kampf bei Beaumont im Gange. An siebenbürgischer Südfront erfolgreiches Vordringen.

Vom Balkan bisher nichts Neues.

Um Sein oder Nichtsein.

Von Dr. Friedrich Naumann, Mitglied des Reichstags.

In dem Briefe Hindenburgs an den Reichskanzler finden sich folgende politisch sehr beachtenswerte Sätze: „In dankenswerter Weise hat das Kriegsernährungsamt der Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegsernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen Einfluss auszuüben vermag, bedarf es der einmütigen hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden. In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht.“ Schon die Tatsache, daß diese Sätze veröffentlicht werden, gibt zu denken. Es wird in ihnen der geringe Einfluss des Kriegsernährungsamtes und die mangelnde Mitwirkung der Landeszentralbehörden zum Ausdruck gebracht.

Vermutlich werden sich die betreffenden Amtsstellen in irgendeiner Form dazu äußern. An sich liegt unseres Erachtens ein Vorwurf gegen das Kriegsernährungsamt nicht in den Worten Hindenburgs, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Das neue Amt ist Reichsamt und hat als solches keine eigenen Organe und leidet ebenso wie das Reichsamt des Innern an der deutschen Bundesverfassung, die sich im Krieg als nicht ausreichend zeigt. Mag diese deutsche Verfassung noch so viel Vorzüge haben, so erschwert sie ein schnelles und direktes Verfahren. Ein preussischer Landrat, der die eigentliche ausübende Kraft in den Ernährungsfragen ist, ist dienstlich dem Regierungspräsidenten unterstellt, dieser dem Oberpräsidenten, dieser dem Ministerium des Innern; das Ministerium aber ist dem Kriegsernährungsamt nicht unterstellt. Es empfangt seine Verordnungen wie Zuschriften einer befreundeten Macht und gibt sie mit mehr oder weniger Eifer und Nachdruck weiter. Dazu tritt der weitere Umstand, daß zwar der Landrat als solcher im Abhängigkeitsverhältnis zum Minister des Innern steht, daß aber die Angelegenheiten, um die es sich handelt, oft gar nicht ins Ministerium des Innern gehören, sondern ins Landwirtschafts- oder Handelsministerium. Da nun aber in Preußen die verschiedenen Minister unter sich gleichgestellte Größen sind, so eröffnen sich hier für Hemmungsgeheimnisse die verschiedensten Möglichkeiten, ohne daß gerade von direktem Übelwollen gesprochen zu werden braucht. Es genügt etwas beamtenhafte Rechthaberei, um die Maschine langsamer gehen zu lassen. Und weiterhin hat der Landrat als solcher eine selbstverständliche und berechnete Neigung, gerade den Wünschen seines Kreises und seines Kreistages gerecht zu werden. Die Kreisinteressen umgeben ihn täglich, während das Kriegsernährungsamt hoch über ihm schwebt. Gesamtergebnis aller dieser Voraussetzungen sind die Sätze Hindenburgs. Wir vertiefen uns etwas in seine einzelnen Worte:

Das Kriegsernährungsamt hat nur geringen Einfluss auf die Ausführung der Maßnahmen. Es sendet Verordnungen, Ratschläge, Anweisungen, Umfragen in die Welt und freit sich, wenn die Ausführung erfolgt. Eine drohende und strafende Gewalt ist nicht in seinen Händen. Wie sollte man auch eine derartige Gewalt verfassungsmäßig zurechtfinden? Die Mitwirkung der Landesbehörden soll einmütig und hingebend sein. Es hat also leider an Zusammenarbeit und an Eifer gefehlt. Das ist eine Anfrage an Bundesregierungen.

Somit die Landeszentralbehörden wie auch die Verwaltungs- und Kommunalbehörden sollen künftig besser mitwirken. Dabei seien wir gewiß nicht zufällig die Erinnerung, daß die letzteren den ersten „unterstellt“ sind. Der Wink soll verstanden werden.

Kurz gesagt: Der große Feldherr betrachtet den Zivilregierungsapparat mit kritischem Blick und spricht mit der ihm eigenen Freiheit das offen aus, was auch sonst kein Geheimnis war, wovon man aber wenig redete, teils weil ohne Hindenburgs Öffnung des Mundes die Zensur leicht kleineren Leuten dieselbe Sprache verboten hätte, teils weil man befürchtete, daß derartige Mitteilungen einen unerwünschten Eindruck in In- und Ausland machen können. Diese Sorge setzt Hindenburg mit Bewußtsein beiseite: Mag alle Welt davon hören, wenn nur der Schaden gebessert wird! So ist es richtig! Es ist ganz gleichgültig, was jetzt in den feindlichen Zeitungen steht, falls nur später die deutschen Siege desto sicherer erfolgen. Darauf kommt alles an. Das müssen auch die Behörden begreifen.

Der Hindenburgsche Satz, daß es von den Behörden nicht überall ausreichend erkannt zu sein scheint, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Reiches geht, ist von unheimlicher Wucht.

Wie oft haben wir in diesen zwei Jahren etwa dieselben Ausdrücke gehört und gelesen, aber hier werden sie gewaltig durch den, der sie spricht, und durch die, an welche sie gerichtet sind. Ja Hindenburg lebt das Gefühl der weltgeschichtlichen Entscheidung. Die Macht, die von ihm befehligt wird, und zu der alle mitteleuropäischen Nationen gehören, ist das letzte Mittel, den Zusammenbruch von Volk und Reich abzuhalten, ein treues, gewaltiges Mittel, wenn jeder in Feld und Heimat seine Schuldigkeit tut. Sollten sich aber Mängel der Vorbereitung und Mitwirkung zeigen, dann ist alles verloren: Sein oder Nichtsein! Ein solches schweres Gewicht wird dem Beamtenkörper vorgehalten. Sie, gerade Sie, scheinen die unvergleichliche Wucht des geschichtlichen Zeitpunktes noch nicht überall ausreichend erkannt zu haben. Wie muß das auf die betreffenden Beamtenstellen wirken!

Es ist das gute Recht unserer Landes-, Provinz- und Kreisbehörden, sich gegen den Wink Hindenburgs zu

wehren. Je besser sie es können, desto günstiger ist es für die Gesamtheit. Wir wünschen, daß sie einmütig zu protestieren in der Lage sind, denn dieser Protest würde der Anfang neuer Taten sein. Votodi und sein Kriegsernährungsamt stehen dann nicht mehr neben dem großen allgemeinen deutschen Beamtenapparat, sondern mitten drin. Sie stehen unter Hindenburgs Schutze. Die Wirklichkeit wird dann besser, als die Verfassung ist.

Alle Volksteile müssen es sich gefallen lassen, an ihre vaterländischen Pflichten gemacht zu werden. Wir alle sind bereit, uns täglich von neuem in den vaterländischen Dienst zu stellen. Auch alle Behörden werden es sein. Indem der Reichskanzler als Kopf der Zivilverwaltung diesen Brief Hindenburgs zur Veröffentlichung gibt, drückt er sein Siegel darunter.

Die Wirkung des Appells von Hindenburg.

W. T.-B. Berlin, 17. Nov. (Drachbericht.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Brief des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg, in dem er den Reichskanzler bittet, alle Bundesregierungen und Kommunalverteilungen in eindringlicher Weise den Ernst der Ernährungsfrage in der Kriegsindustrie vor Augen zu führen, ist vom 27. September datiert. Der Reichskanzler entsand dem Bundesheer Generalfeldmarshalls alsbald durch ein eindringliches Rundschreiben an sämtliche Behörden.

Der Plan eines vorbereitenden Schritts zur Friedensvermittlung.

Dr. Basel, 17. Nov. (Eig. Drachbericht. Jb.) Die „Basler Nationalzeitung“ verbreitet folgendes Extrablatt: Wie wir aus unabhängiger diplomatischer Quelle erfahren, soll gegenwärtig wirklich ein vorbereitender Schritt zu einer Friedensvermittlung von den neutralen Staaten geplant sein. Die Regierung von Washington soll sich bereit erklärt haben, auf die Einberufung einer Konferenz entweder in Nordamerika oder in einem neutralen Lande Europas hinzuwirken. Die kriegsführenden Mächte sollen eingeladen werden, bei dieser Gelegenheit ihre Friedensbedingungen zu formulieren, worauf diese der Gegenpartei zur Prüfung übermitteln werden. Die neutralen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, würden versuchen, einen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten anzubahnen. Es soll gegenwärtig zwischen verschiedenen neutralen Regierungen ein Meinungsaustausch über diesen Schritt stattfinden. Die kriegsführenden Staaten hätten sich unter allen Umständen den Vorschlag eines Waffenstillstandes während dieser Ausgleichsverhandlungen vorbehalten. Sobald aber ein Anhaltspunkt erreicht sei und die Mächte sich einigermassen verständigt hätten, werde ein Waffenstillstand eintreten. Deutschland soll sich bereit erklärt haben, Belgien zu räumen und dessen Wiederherstellung als Staatseinheit zu garantieren unter der Bedingung, daß gewisse Neutrale sich Deutschland gegenüber verbürgen, daß Belgien in Zukunft eine wohlwollende und von jedem ausländischen Einfluß freie Politik gegenüber dem Deutschen Reich führen werde. Auch sämtliche von den Deutschen besetzten Gebiete Frankreichs sollen unter gewissen Zugeständnissen in den Kolonien geräumt werden. Wie man vermutet, werde das koloniale Programm am schwierigsten zu lösen sein. Man erwartet gerade in Bezug auf diesen Punkt schwierige Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland.

Das Basler Blatt sagt zu dieser Meldung: Unter allen Friedensmeldungen ist diese die ernsthafteste. Wilsons Wiederwahl hat die bereits früher angekündigten Versuche sofort wieder aufnehmen lassen. Dennoch darf man sich darüber nicht täuschen, daß sehr starke und mächtige Einflüsse Wilsons Plan und der Einmischung der Neutrale entgegenwirken. Sollte es den Anstrengungen der neutralen Vermittler, die gegenwärtig teilweise mit fieberhafter Geschäftigkeit auf Friedenskreisen arbeiten und sehr umfangreiche Denkschriften den Kriegsgegnern übermitteln, nicht gelingen, die Kriegsstimmung zu überwinden, so ist wohl eine spätere Ablehnung unserer Friedensnachricht zu gegenseitigen. Wir betonen deshalb nochmals, daß uns keine und über jeden Zweifel erhabene Tatsachen zugrunde liegen.

Anmerkung unserer Berliner Abteilung: Die Meldung des Basler Blattes eilt, soweit sie von einem Schritt der Washingtoner Regierung spricht, den Ereignissen zum mindesten voraus. Es ist bekannt, daß die amerikanische Regierung den Wunsch zu haben scheint, einen vorbereitenden Schritt für die Einleitung einer Friedensbewegung zu unternehmen. Die „Evening Post“, die mit dem Staatsdepartement zweifellos Fühlung hat, deutete jüngst Ähnliches an. Bisher ist aber nichts bekannt geworden, daß Präsident Wilson schon irgend einen Schritt in der angeordneten Richtung gemacht hätte. Der ganze übrige Inhalt der Basler Meldung scheint uns nach unseren Erkundigungen an verschiedenen diplomatischen Stellen nicht als Kombination aus den Reden der leitenden Staatsmänner, Kriegsführender und neutraler Mächte, die in der letzten Zeit gehalten worden sind.

Ereignisse zur See.

Neue deutsche U-Boote.

Dr. Karlsruhe, 17. Nov. (Eig. Drahtbericht, 3b.) Laut Schwedischer Blätter teilt die „Stampa“ aus London: Dänische Schiffe haben in der Nordsee deutsche Unterseeboote eines neuen, geradezu gigantischen Typs gesehen. Diese Unterseeboote seien größer als die gewöhnlichen Handelschiffe.

Versenkt!

W. T.-B. Christiania, 16. Nov. (Meldung des norwegischen Telegramm-Bureaus.) Der norwegische Vizekonsul in Le Havre meldet dem Minister des Innern: Der Dampfer „Hilvang“ von Hauge wurde am 14. Nov. versenkt. Die Besatzung ist in Rettungsbooten in Le Havre angekommen.

W. T.-B. London, 16. Nov. (Hogds-Meldung.) Der griechische Dampfer „Barbara“ (2831 Tonnen) und der norwegische Dampfer „Leben“ wurden versenkt.

W. T.-B. Bern, 16. Nov. „Reit Pariser“ meldet: Die „Glette „St. Nicolas“ wurde versenkt. Die Besatzung landete in Pecamp.

Aufgebracht.

W. T.-B. Amsterdam, 16. Nov. Der Dampfer „Midland“, von Rotterdam nach London, wurde von einem Unterseeboot nach Seebrügge gebracht.

Ein schwedischer Einspruch gegen die Aufbringung des Dampfers „Rhea“.

W. T.-B. Kopenhagen, 16. Nov. (Drahtbericht.) „Der frische Tidende“ meldet aus Stockholm: Der schwedische Gesandte in Berlin hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, gegen die Aufbringung des schwedischen Dampfers „Rhea“, der in Küstengewässern zwischen Göteborg und Stockholm verkehrte, Einspruch zu erheben. Über die Aufbringung ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Die Reederei erklärt, sie sei verbindlich, mitzuteilen, ob der Dampfer in schwedischem Hoheitsgebiet aufgebracht worden sei oder nicht.

Das neue Königreich Polen.

Rußlands Einspruch gegen die Wiedererrichtung des Königreichs.

Eine neutrale Betrachtung.

W. T.-B. Stockholm, 16. Nov. Zu Rußlands Einspruch gegen die Wiedererrichtung des Königreichs Polen bemerkt „Stockholms Dagblad“: Dieser Einspruch gegen das Verprechen der Mittelmächte konnte nicht gut das einzige Wort Rußlands und seiner Verbündeten an Polen bleiben, sondern mußte von einem mit dem deutschen und österreichischen Manifest weitestgehenden Zukunftsprogramm mit weniger nebelhaften Umriß als das Manifest des Großfürsten Nikolai begleitet werden. Das ist denn auch geschehen durch die Erklärung Protopopoffs. Das Manifest des Großfürsten wurde somit durch die Regierung sanktioniert. In dem amtlichen Telegramm findet sich wenigstens das Wort Autonomie, jedoch gemindert durch ein Wort, das infolge der Behandlung Finnlands durch Rußland einen wenig glückverheißenden Klang hat nämlich der Bewahrung des Grundgesetzes der staatlichen Einheit. Wie wenig Freiheit das für ein Grenzland innerhalb des russischen Reiches zu bedeuten braucht, können die Finnen bezeugen und wissen auch die meisten Polen.

Die Auffassung der russophilen Polen.

(Drahtbericht unfreies S.-Senderbericht.)

S. Stockholm, 17. Nov. (3b.) Gegen den Versuch der russischen Regierung, der deutschen Lösung der polnischen Frage jede Bedeutung abzustreifen, erheben jetzt zwei angesehenen russophile Polen Presseangriffe, die das sympathische Echo beweisen, welche das Manifest selbst in den russophilen polnischen Kreisen gefunden hat. Stanislaw Mikolajewski schreibt in der „Petersburger Wochenschrift“, in dem Manifest sehe er persönlich einen gewaltigen Schritt vorwärts in der polnischen Frage, er sehe, weil sie damit in das Gebiet der internationalen Unterhandlungen gerückt wurde, zweitens, weil sie das Aufheben der deutschen antipolnischen Politik beweist. Die Veröffentlichung der polnischen Unabhängigkeit hätten die Polen nicht von deutscher, sondern von russischer Seite erwartet. Es wäre sehr beklagenswert, daß die Autonomiebestrebungen in Rußland nicht den geringsten Fortschritt machten. Das polnische Volk erhielt nicht einmal Gleichberechtigung mit den Russen. Die Polen wandten sich in dieser Frage mehrfach an die Regierung. Jetzt ist die polnische Frage akut geworden und ein Ausweg aus der schwierigen Lage muß gefunden werden. — Wabianski schreibt: Die Proklamation muß größten Eindruck machen. Ihre Bedeutung ist übermächtig, weil das Lösungswort „polnische Unabhängigkeit“ hier zum ersten Mal ausgesprochen wird. Das polnische Volk erhält die Möglichkeit, sich zu organisieren und seinen Willen klar auszusprechen. — Aus allen diesen Äußerungen spricht die freundliche Erkenntnis, daß die polnische Zukunft nicht auf russischer Seite liegt. Die heutige Erklärung von russischer antipolnischer Stelle, die sich gegen die tatsächliche polnische Autonomie ausspricht, hat den polnischen Kreisen endlich die Augen geöffnet.

Der Fahrenweid der neuen polnischen Armee.

Dr. Königsberg, 17. Nov. (Eig. Drahtbericht, 3b.) Die Soldaten der neuen polnischen Armee werden im Fahrenweid Treue gegenüber dem polnischen Vaterland, gegenüber dem deutschen Kaiser als Oberbefehlshaber in diesem Krieg und gegenüber den Monarchen der beiden Zentralmächte als Bürgen für den polnischen Staat beschworen.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Eine Verschwörung gegen das Leben Brattians und seiner Helfershelfer.

Dr. Genf, 17. Nov. (Eig. Drahtbericht, 3b.) Die „Reit Pariser“ meldet, in Rumänien eine Verschwörung gegen das Leben von Brattian, Take Jonescu und den verstorbenen Philipescu entbunden worden. An der Spitze der Verschwörer, die die drei Politiker mit Bomben töten wollten, stand ein Advokat. Der Prozeß kommt demnächst in Bukarest zur Verhandlung.

Der amtliche bulgarische Bericht.

W. T.-B. Sofia, 16. Nov. Amtlicher Bericht:

Wagebonische Front: In der Ebene von Manastir (Bitolla) rückte der Feind gestern nach vergeblichen Angriffen mit schwachen Infanterie-Abteilungen, die allein durch Feuer zurückgeschlagen wurden, vor. Im Cerna-Bogen dauerte der heftige Kampf den ganzen Tag über an. Durch einen Gegenangriff warfen wir den Gegner zurück, der sich vorübergehend der Höhe 1212 nördlich des Dorfes Tschelch zu bemächtigen vermochte. An der Maglenica-Front wiesen wir schwache feindliche Angriffe ab. Auf beiden Seiten des Bardar schwache Artillerietätigkeit. Zwei Versuche des Feindes, unsere vorgehobene Stellung südwestlich von Doiran anzugreifen, scheiterten. Am Fuße der Belasica-Planina und an der Strumafont das gewöhnliche Geschützfeuer. In der Rüste des Ägäischen Meeres Ruhe.

Von der rumänischen Front ist nichts von Bedeutung zu melden.

Der Krieg der Türkei.

Sultan Hussein Kemal-Pascha zum Tode verurteilt.

W. T.-B. Beirut, 16. Nov. Die hiesigen Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung des Oberkommandos der 4. Armee, wonach das Kriegsgericht in Aleppo Hussein Kemal-Pascha, der sich zum Rhebiden und dann zum Sultan von Ägypten erklärte, in anbetraht dessen, daß er einen Bestandteil des türkischen Kaiserreichs unter fremde Herrschaft stellte, in contumaciam zum Tode verurteilt, und daß dieses Urteil bereits durch kaiserliches Erbe bestätigt wurde.

Die Erfolge des türkischen Luftangriffs auf Kairo.

W. T.-B. Kairo, 16. Nov. Sieben von den bei dem Luftangriff verübten Personen, darunter zwei Europäer, sind gestorben, so daß im ganzen 21 Menschen umgekommen sind.

Die Neutralen.

Die englische Annahme gegenüber dem amerikanischen Roten Kreuz.

W. T.-B. Wien, 16. Nov. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Washington vom 14. November gemeldet: Die Londoner Regierung hat jetzt ihre Zustimmung gegeben zur Sendung zweier Einheiten des amerikanischen Roten Kreuzes nach Österreich-Ungarn, zusammen mit Material zur Krankenpflege für den Gebrauch der Einheiten. Das Material darf jedoch nicht für militärische Zwecke verwandt werden, weder vor noch nach seinem Gebrauch in den Krankenhäusern. Die englische Einwilligung zur Sendung von Rote-Kreuz-Einheiten nach Deutschland wird ebenfalls erwartet. Inzwischen haben viele Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes ihren Austritt erklärt wegen der Gleichgültigkeit, die die Beibehaltung der Hindernisse gegenüber gezeigt hat, die dem Roten Kreuz für eine unparteiische Behandlung aller Kriegsführenden in den Weg gelegt wurden.

Ein Anschlag Billascher Räuber auf den deutschen Konsul.

W. T.-B. New York, 8. Nov. (Funknachricht des Vertreters des B. L.-B. Verspätet eingetroffen.) Eine Depesche des Associated Press aus El Paso in Texas meldet, daß dort aus Chihuahua die Nachricht einging, der deutsche Konsul in Parral, Edgar Koch, sei entweder getötet oder werde von Räubern in der Nähe von Santa Rosalia gefangen gehalten, um ein Lösegeld zu erpressen. Man glaubt, daß Koch mit Silberbarren im Werte von 50.000 Dollar, die für eine amerikanische Bergwerksgesellschaft bestimmt waren, von Parral abgereist ist.

Aus den verbündeten Staaten.

Die fünfte österreichische Kriegsanleihe.

W. T.-B. Wien, 16. Nov. Laut amtlichem Prospekt werden als fünfte österreichische Kriegsanleihe 40jährige steuerfreie 5-prozentige amortisierbare Staatsanleihe und steuerfreie 5-prozentige, am 1. Juni 1922 rückzahlbare Staatsanleihe ausgeben. Der Zinssatz beträgt der Zeichnungspreis 22,50, für letztere 20,50 Prozent. Die Zeichnung beginnt am 20. November und endet am 16. Dezember.

W. T.-B. Wien, 17. Nov. (Drahtbericht.) Der Gouverneur des Postpartamentes, Hr. v. Schuster, empfing anlässlich der Emission der fünften Kriegsanleihe die Vertreter der Presse. Bei dieser Gelegenheit hielt Schuster eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Keinerlich beansprucht der Staat weitere Mittel zur Führung des der Monarchie von den Gegnern aufgebrachter Krieger. Unsere Feinde geben sich der falschen Hoffnung hin, es werde ihnen gelingen, unseren Widerstand militärisch und wirtschaftlich zu brechen. Die lebendige Mauer unseres Volkes in Waffen machte bisher alle Versuche zunichte. Überall halten unsere Truppen unerschütterlich fest die Wacht an den Grenzen. Die Bevölkerung des Hinterlandes bleibt in Ausdauer und Opfermut nicht hinter der Vorkampfsfront zurück. Sie trägt hoffnungsvoll alle Entbehrungen. Nirgends gelangte der Produktionsprozeß zum Stillstand, nirgends herrschte Arbeitslosigkeit; die Anlagen aller Kreditinstitute wachsen, der Wertpapiermarkt hat steigende, auch den Anleihemarkt erfassende Tendenz. Die vor einigen Monaten in Kraft gesetzte Erhöhung der Staatseinnahmen zeigt schon ihre Wirkung. Ihr Zweck ist die Sicherung des Zinsdienstes der Kriegsanleihe. Erst jüngst erklärte der Finanzminister, daß es selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, das Vertrauen, das die Bevölkerung durch die Zeichnungen der Kriegsanleihen in den Staat setzt, unter allen Umständen zu schützen. Österreichs Bevölkerung wird hinter der des verbündeten Deutschen Reiches nicht zurückbleiben. Schließlich hob der Gouverneur in warmen Worten des Dankes und der Anerkennung die ausgezeichnete Mitwirkung der Presse an dem Erfolg der Kriegsanleihen hervor und drückte unter Zustimmung aller Anwesenden die Überzeugung aus, daß die Presse Österreichs auch bei der fünften Kriegsanleihe ihre ganze Kraft und ihren ganzen Einfluss für die Erringung eines neuen finanziellen Sieges einbringen wird.

Die fünfte ungarische Kriegsanleihe.

W. T.-B. Budapest, 16. Nov. Die fünfte ungarische Kriegsanleihe gelangt nächste Woche zur Ausgabe. Ausgegeben werden 5-prozentige Renten-Obligationen zu einem Kurse von 97,15, sowie 5-prozentige, vom Jahre 1922 in 20 gleichen Raten zu tilgende Amortisations-Obligationen zu einem Kurse von 95 Prozent. Die Anleihebedingungen sind dieselben wie bei der vierten Kriegsanleihe. Der Zeichnungsfrist ist auf vier Wochen festgesetzt.

Deutsches Reich.

Zum Tode des Botschafters v. Tschirschky.

W. T.-B. Wien, 16. Nov. Kaiser Wilhelm telegraphierte an die Witwe des deutschen Botschafters von Tschirschky: „Die traurige Nachricht von dem so plötzlichen Hinscheiden Ihres Gatten hat mich tief erschüttert. Ihnen und den Ihrigen spreche ich zu dem schweren Verluste meine herzlichste Teilnahme aus. Ich selbst verliere in dem Hingegangenen einen treuergebenen Freund und Diener meines Hauses, der sich der ihm gestellten Aufgaben stets mit der größten Hingebung gewidmet hat, und dem ich ein dankbares Andenken bewahren werde. Möge Ihnen der Allmächtige in dieser schweren Zeit mit seinem Troste beistehen.“

W. T.-B. Wien, 16. Nov. Heute vormittag erschien Generaladjutant, Generaloberst Graf Fax, im Auftrag des österreichischen Kaisers in der deutschen Botschaft und sprach der Witwe des Botschafters v. Tschirschky persönlich das Beileid des Kaisers aus.

W. T.-B. Berlin, 17. Nov. (Drahtbericht.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg richtete an die Witwe des Botschafters v. Tschirschky folgendes Beileidstelegramm: „Mit tiefer Ergriffenheit empfing ich, verheiratete gnädige Frau, die Mitteilung von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls. Ich gedenke in herzlichster Dankbarkeit der hingebenden Sorgfalt und der unermüdblichen Arbeitskraft, mit der Ihr Gemahl auf dem wichtigsten Posten im engsten Vertrauen mit dem Staatsmannern der uns verbündeten Monarchie der gemeinsamen Sache diente. Der kaiserliche Dienst verlor in ihm einen stets bewährten Mitarbeiter, ich selbst einen erprobten Freund. Ich beklage aufrichtig mit Ihnen und Ihren Kindern den schweren Verlust, der Sie betroffen.“

Goldgegenstände des Kaisers auf dem Altar des Vaterlandes.

Dr. Berlin, 16. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Abendblätter melden: Unter den Goldgegenständen, welche der Kaiser der Goldankaufsstelle überreichen ließ, befand sich ein 40 Zentimeter hoher Pokal, das Geschenk eines Großindustriellen, eine goldene Dose eines Anwaltens, die der Kaiser bei einer Aikler Regatta als Preis erwarb und eine schwere Dose mit der Widmung eines ausländischen Fürsten. Diese drei Stücke allein haben einen Wert von 100.000 M.

Ein Antrag auf Zulassung der Frauen zum Kommunaldienst.

L. Berlin, 17. Nov. (Eig. Meldung, 3b.) Die fortschrittliche Volkspartei hat den nachstehenden Antrag (Antrag) eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Bestimmungen der Städteordnung Preußens dahin geändert werden, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsgremien und Stützungsstellen mit beschließender Stimme bestellt werden können.

* **Pol- und Personal-Nachrichten.** Der Karlsruher Hofbericht vom 16. November meldet: Das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise ist in der letzten Woche wiederholt durch Temperaturschwankungen beeinträchtigt worden; dagegen haben die unruhigen Schmerzen aufgehört. Doch ist noch immer Ruhe und Schonung längerer Zeit geboten.

Hr. v. Rupen-der. W. T.-B. Berlin, 16. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der kaiserliche General a. D. Freiherr von Rupen-der ist gestorben.

* **Ein Weißbuch über den U-Bootskrieg.** Dr. Berlin, 16. Nov. (Eig. Drahtbericht, 3b.) Dem Reichstag ist das angekündigte Weißbuch über den U-Bootskrieg mit der Regierung der Vereinigten Staaten den Amerika, betr. den Unterseebootskrieg, zugegangen; gleichzeitig auch eine Überführung des französischen Weißbuches, enthaltend die diplomatischen Attakade zur Vorgeschichte des Krieges. Das Weißbuch ist eine Zusammenstellung der bereits einzeln veröffentlichten Notizen.

* **Landtagswahl.** W. T.-B. Marienwerder, 16. Nov. (Amtlich. Eig. Drahtbericht.) Bei der heutigen Landtagswahl zum Hause der Abgeordneten im Wahlkreis Marienwerder 1 erhielten von 24 abgegebenen Stimmen: Verbeier (Freisinn.) 21, Rittergutsbesitzer Donnerschlagendorf (Volk.) 3 Stimmen. Verbeier ist somit gewählt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Eigene Schwarzblechbüchsen zur Herstellung von Konserven?

Diese Frage ist kürzlich von einer Leserin des „Wiesbadener Tagblattes“ gestellt worden. Da es sich hier um eine Sache von Wichtigkeit handelt, haben wir die Frage dem hiesigen Handelschemiker Dr. C. Niederhauer vorgelegt, der die Vordruckwürdigkeit hatte, sie wie folgt zu beantworten: Die Verwendung von Blechen aus Schwarzblech zur Herstellung von Blechkonserven ist ein Nothelf. Für das Konservieren von Nahrung in Essig oder für das Einmachen von Obst sind diese Bleche sehr wenig geeignet. Die organischen Säuren greifen das Schwarzblech an, und infolgedessen besteht die Gefahr, daß die Bleche rosten und led werden, wobei dann meistens der Inhalt verdirbt. Letzterer leidet aber auch noch dadurch, daß die bei der Einwirkung der organischen Säuren sich bildenden Eisenverbindungen den Geschmack und eventuell auch das Aussehen ungünstig beeinflussen.

Aber auch für in Öl, Tomaten und Bouillone eingemachte Fische und Wärsen aus Schwarzblech keinwegs ein ideales Packungsmaterial. Wenn auch die Gefahr nicht so groß ist wie bei Fischen in Essig, so ist sie doch nicht ausgeschlossen, und man kann keine Gewähr dafür übernehmen, daß solche Blechbüchsen sich unbeschadet 1 Jahr oder länger aufbewahren lassen. Ich halte es nicht

